

Das Ende der Freiheit in der Ukraine

Mit Einschüchterung und Schikanen reagiert das Regime auf Kritik. Das bekommt die Opposition besonders zu spüren - aber auch die Bürger

Menschenrechtler prangern willkürliche Verhaftungen und rechtswidrige Prozesse an

Kiew

Studentin Katerina Awramtschuk, Journalist Mustafa Naidem und führende Oppositionspolitiker wie Julia Timoschenko und Walerij Iwaschtschenko haben eines gemeinsam: Sie sind im Visier der ukrainischen Behörden, weil sie sich die Freiheit nahmen, die Regierung zu kritisieren. Drohen, Einschüchtern und zum Schweigen Bringen - mit rüden Methoden versucht das Innenministerium, für Ruhe im Land zu sorgen. Wie das im Detail aussieht, kann an der renommiertesten Hochschule des Landes, der Taras-Schewtschenko-Universität in Kiew, verfolgt werden. Weil sie wiederholt an Protestaktionen gegen den Bildungsminister teilgenommen hatten, wurden zwei Studenten zwangsexmatrikuliert. Als der russische Präsident Dmitri Medwedjew während seiner Kiew-Visite mit den Studenten der Hochschule diskutieren wollte, trug Katerina Awramtschuk ein T-Shirt mit dem Konterfei des ukrainischen Nationaldichters und Namensgebers der Universität - das gilt in der Ukraine von heute schon als Provokation. "Einen Tag später musste ich zum Dekan, dort wurde mir mitgeteilt, dass ich mein Studium vergessen kann, sollte ich noch einmal an Protesten teilnehmen", sagt die Studentin.

Dass die Kritik am Regime in der Ukraine bittere Folgen haben kann, bekamen die bekanntesten Oppositionspolitiker zu spüren. Seit dem Amtsantritt von Präsident Viktor Janukowitsch im Frühjahr 2010 wurden etliche verhaftet. Die bekannteste: Ex-Premierministerin Julia Timoschenko - sie steht seit dem Frühsommer vor Gericht. Bei einer Verurteilung drohen ihr bis zu zehn Jahre Haft.

In ihrem gerade veröffentlichten Bericht kritisiert die dänische Sektion des Helsinki-Komitees für Menschenrechte die Prozesse und wirft der ukrainischen Führung einen Mangel an Rechtsstaatlichkeit und die Missachtung internationaler Rechtsnormen vor. Laut der Analyse hätte es die Anklagen gegen Timoschenko und die anderen Oppositionspolitiker gar nicht geben dürfen: "Die Vorwürfe sind unklar definiert, die Ermittlungen sind nicht mit der erforderlichen Sorgfalt geführt worden, die Prozessführung entspricht in großen Teilen nicht den rechtsstaatlichen Normen, und die Verhaftungen wurden ohne erkennbaren Grund vorgenommen." Der sogenannte Lyngbo-Bericht prangert monatelange Untersuchungshaft ohne Prozesstermin sowie die systematische Verweigerung medizinischer Hilfe für U-Häftlinge an.

Seit drei Monaten wird Timoschenko am Petscherker Amtsgericht in Kiew der Prozess gemacht. Der Vorwurf lautet auf Amtsmissbrauch: Während ihrer Zeit als Ministerpräsidentin soll sie im Januar 2009 einen für die Ukraine ungünstigen Gas-Vertrag mit Russland ausgehandelt haben. Am 5. August wurde Timoschenko festgenommen, seither wird fast täglich verhandelt. Die Prozesstage dauern üblicherweise von morgens neun bis abends 20 Uhr, unterbrochen lediglich von einer knapp einstündigen Mittagspause. Timoschenkos Hauptverteidiger, der Rechtsanwalt und Abgeordnete Sergej Wlasenko, wurde vom Verfahren ausgeschlossen. Die neuen Anwälte erhielten keine Zeit, sich einzuarbeiten. "Am Abend und am Wochenende hatten wir keinen Zutritt zum Gefängnis. Unserer Mandantin Julia Timoschenko wird das Recht auf Verteidigung systematisch vorenthalten", beschreibt Wlasenko die Situation.

Ebenfalls in Haft sitzt der ehemalige Verteidigungsminister der Ukraine, Walerij Iwaschtschenko. Der Lyngbo-Bericht beschreibt seinen gesundheitlichen Zustand als besorgniserregend. Der Mann leide an Diabetes und habe Leberprobleme. Iwaschtschenko hatte es abgelehnt, in einem Militärkrankenhaus untersucht zu werden. Er fürchtete schon den Transport dorthin, für den eine Eskorte von maskierten Soldaten aus einer Spezialeinheit des Verteidigungsministeriums rekrutiert wurde. Erst nach wochenlangen Protesten konnte er in einem Zivilkrankenhaus in Kiew untersucht werden. Die Staatsanwaltschaft wirft auch ihm Amtsmissbrauch vor, seine U-Haft wird mit Fluchtgefahr begründet. "Die Verfahren sind politisch motiviert, sie sollen die Opposition diskreditieren und eine abschreckende Wirkung auf die Bevölkerung ausüben", kommentiert Wolodimir Fesenko, Direktor des Zentrums für politische Studien Penta in Kiew.

Auch die Freiheit der Medien ist bedroht. Mustafa Naidem ist TV-Journalist und Kolumnist der "Ukrainska Prawda". Die Internetzeitung ist eines der wenigen freien Medien, sie berichtet häufig über Korruptionsskandale. Er und seine Kollegen sehen sich mit den Behörden konfrontiert. Der Redaktion wurde vorgeworfen, sie würde in den Internetforen gezielt zum Mord an Parlamentsabgeordneten der Regierungspartei aufrufen.

Bisher hat sich der Machtapparat von Präsident Janukowitsch durch Proteste aus dem In- und Ausland nicht beeindrucken lassen. Doch vor ein paar Tagen haben sich US-Außenministerin Hillary Clinton und EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton mit einem persönlichen Brief direkt an Präsident Janukowitsch gewandt. Darin machen sie deutlich, dass die weitere Unterstützung des Westens vom Ausgang der Verfahren gegen Timoschenko und der anderen Oppositionellen abhängig ist. Außerdem weisen sie darauf hin, dass die derzeitigen Prozesse der Reputation Janukowitschs erheblichen Schaden zufügen können.

Der Präsident hat offenbar verstanden. Eigentlich sollten Anfang der Woche die Plädoyers im Fall Timoschenko gehalten werden. Vollkommen überraschend wurde der Prozess nun auf Ende September vertagt. "Man will Zeit gewinnen, um für den Prozess gegen Timoschenko eine neue Strategie auszuarbeiten", liest man heute in der "Ukrainska Prawda".

